



„Richtig glücklich“
Musiala nach Startelf-Auftritt und Tor-
reigen des FC Bayern wie gelöst. **Sport**



Schokoladen-Mythen im Check
Macht sie wirklich glücklich und wie ge-
sund oder ungesund ist sie? **Journal**

Gedenken an 9/11 in den USA
Zahlreiche Zeremonien zum 25. Jah-
restag der Terroranschläge. **Seite 5**



AUS DER REGION

So steht es um den Hitzeschutz
Stadt widerspricht einer Studie der Deut-
schen Umwelthilfe, die besagt, dass in sie-
ben Jahren 1876 Bäume im Stadtgebiet ver-
loren gingen. **Seite 21**

Erster Schultag für 1873 Kinder
Heuer gibt es deutlich mehr Erstklässler im
Landkreis Passau als vor einem Jahr. Zwei
Schulen haben außerdem eine neue Leite-
rin bekommen. **Seite 39**

Sperrungen dauern länger
Die Sperrungen im Verlauf der B 388 zwi-
schen Erlau und Obernzell beziehungswei-
se Obernzell und Untergriesbach müssen
um 14 Tage verlängert werden. **Seite 53**

IM BLICKPUNKT

Viel gefährlicher als Babyblues
Wochenbettdepression und Babyblues
sind weithin bekannt. Weniger geläufig
und sehr viel gefährlicher ist die Wochen-
bettpsychose. Mehrere Betroffene sprachen
mit uns über ihre Erkrankung. **Seite 3**

Was die Energiekrise kostete
Erst griff Russland 2022 die Ukraine an,
dann brachen nach und nach die Gasliefe-
rungen weg. Wie die Bundesregierung da-
mals Bürger und Unternehmen unterstützte
– und was wie viel kostete. **Wirtschaft**

SERVICE

Börse: Minus-Trend beendet
Dax: 25 557,16 Punkte (+ 0,77 %).
Top: Infineon 58,38 Euro (+ 4,62 %).
Flop: BASF 51,81 Euro (– 2,87 %).

Eurojackpot: 14–21–35–37–49
Eurozahlen: 1 – 12
(Ohne Gewähr)

Das Wetter in der Region



Infos: www.pnp.de/wetter und auf **Seite 19**
Heimatsport Familienanzeigen TV-Programm **Seiten 34, 35**
Beilage „Schönes Wochenende“ **Seiten 36, 37**
Internet www.pnp.de



Gemeinsam mit einer Trachtengruppe hieß Ministerpräsident Markus Söder Scheich Mohammed bin Zayed Al Nahyan, Staatspräsident der Vereinigten Arabischen Emirate, in München willkommen. – Foto: Kneffel, dpa

Emirate wollen in Bayern Milliarden investieren

München. Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) wollen zehn Milliarden Euro in Bayern investieren. Ein entsprechendes Abkommen über die Extra-Investitionen für Bayern sei unterzeichnet worden, teilte Ministerpräsident Markus Söder (CSU) nach einem Treffen mit dem emiratischen Präsidenten Mohammed bin Zayed Al Nahyan in München mit. Das Geld soll unter anderem in Zukunftsbranchen wie Luft- und Raumfahrt, Künstliche Intelligenz oder Verteidigung fließen. „Das bringt Cash, das bringt Aufträge, das bringt natürlich auch wirtschaftliches Wachstum.“ Dementsprechend erhofft sich der CSU-Politiker einen zusätzlichen „Schub für die bayerische Wirtschaft“. – ka/dpa/**Seite 4**

Sofortprogramm zum Jugendschutz

Familienministerin Prien will Social-Media-Nutzung begrenzen – Experten legen Abschlussbericht vor

Berlin. Bundesbildungsministerin Karin Prien hat erste Eckpunkte für gesetzliche Regeln für einen besseren Kinder- und Jugendschutz in Social-Media-Anwendungen für den kommenden Monat angekündigt. Bis Mitte Oktober würden diese Eckpunkte vorgelegt, sagte die CDU-Politikerin in Berlin bei der Vorstellung des Abschluss-

berichts einer Expertenkommission für „Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt“. Die Kommission war eingesetzt worden, um Handlungsempfehlungen vorzulegen. Bis Jahresende soll das Sofortprogramm vom Bundestag verabschiedet werden. Es geht etwa um die Option einer „gesetzlichen Mindestaltersgrenze von 13 Jahren“ für

die eigenständige Nutzung eigener Social-Media-Accounts oder die Empfehlung, die private Nutzung von Handys deutschlandweit in allen Schulen bis Klasse sieben aus Unterricht und Pausen zu verbannen. Die Fachleute plädieren zudem für ein „verpflichtendes KI-Seepferdchen“, ein Zertifikat ähnlich dem Schwimmbab-

zeichen („Seepferdchen“), damit Kinder früh lernen, welche Möglichkeiten und Gefahren Künstliche Intelligenz birgt. Prien sagte, dies werde man auf den Weg bringen. Es liefen bereits Gespräche dazu mit den Bundesländern. Für Bildung und Schulen sind in Deutschland die Länder zuständig. Grundsätzlich schränkte die Bildungsministerin mit Blick

auf eine Regulierung von Social Media ein, der Schlüssel liege „ein bisschen in Brüssel“. Es gebe Grenzen dessen, was man in Deutschland regeln könne. Auf EU-Ebene will Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nächste Woche Vorschläge für ein EU-weites Social-Media-Verbot für Jugendliche vorstellen. – dpa/afp/**Standpunkt/Seite 2**

Pläne für Hamas-Anschlag: Sieben Männer angeklagt

Karlsruhe. Die Bundesanwaltschaft hat sieben mutmaßliche Mitglieder der radikalislamischen Hamas wegen der Vorbereitung eines Anschlags auf israelische oder jüdische Ziele angeklagt. Wie die Behörde am Freitag in Karlsruhe mitteilte, sollen die in den vergangenen Monaten festgenommenen Verdächtigen federführend an Waf-

fenbeschaffung und Tatplanung beteiligt gewesen sein. Sie geht davon aus, dass die Hamas einen konkreten Anschlag in Deutschland oder Österreich plante. Potenzielle Ziele waren „Repräsentanten Israels, Menschen jüdischen Glaubens oder proisraelisch eingestellte Personen“, wie die Bundesanwaltschaft weiter mitteilte. – afp/**Seite 6**

Huthis greifen nach Kontrolle über wichtige Meerenge

Aden/Mokka. Die mit dem Iran verbündeten Huthi-Rebellen haben jemenitischen Regierungsquellen zufolge die gesamte Küste des Roten Meeres im Jemen und strategisch wichtige Inseln eingenommen. Damit haben die Huthi ihren Zugriff auf die Meerenge Bab al-Mandab, durch die eine der wichtigsten

Schiffahrtsrouten der Welt führt, deutlich erhöht. Der Bab al-Mandab verbindet das Rote Meer mit dem Golf von Aden. Beide sind Teil einer Schifffahrtsroute, die vom Mittelmeer über den Suezkanal bis in den Indischen Ozean führt und somit den kürzesten Schifffahrtsweg zwischen Europa und Asien darstellt. – dpa/**Seite 5**

STANDPUNKT

Digital-Signal

Von Laurent Martinez

Fast ein Jahr lang tagte die honorige Experten-Kommission. Professoren und Doktoren dutzendfach, unterstützt von Ländervertretern und Bundesbeauftragten, begleitet vom Input aus Anhörungen mit Kindern und Jugendlichen produzierten eine Hunderte Seiten schwere Expertise mit nicht weniger als 56 Handlungsempfehlungen. Die Kommission plädiert für eine digitale Welt, die sich Kindern anpasst, nicht umgekehrt, fordert ein Recht auf digitale Teilhabe, verortet die Verantwortung bei den großen Online-Plattformen – und warnt vor Verboten. Nur haben wir nicht die Zeit, auf eine ideale digitale Welt zu warten, in der Verbote nicht notwendig sind. „Wir sind spät dran“, wie Familienministerin Prien richtig und selbstkritisch erkannt hat. Von China bis Kalifornien werden Social-Media-Plattformen eingegrenzt, um Jüngere vor den „Suchtmaschinen“ zu schützen. Priens Digital-Signal, dem innerhalb weniger Wochen konkrete Schritte folgen sollen, ist also längst überfällig. Verbote sind dabei nicht die Lösung des Problems. Sie sind der Beginn, sich mit ihnen zu beschäftigen.

Läden sollen Kartenzahlungen akzeptieren

Berlin. Geschäfte, Restaurants und Dienstleister sollen künftig neben Bargeld auch mindestens eine digitale Bezahlmöglichkeit anbieten müssen. Bundesfinanzminister Lars Klingbeil (SPD) hat dazu Eckpunkte vorgelegt, die derzeit mit den anderen Ministerien abgestimmt werden. Die Neuregelung soll 2027 umgesetzt werden. „Wir wollen, dass Unternehmen überall dort, wo Waren und Dienstleistungen direkt vor Ort bezahlt werden, eine digitale Bezahlmöglichkeit anbieten“, heißt es in den Eckpunkten. Damit wird ein Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag von Union und SPD umgesetzt. Welches digitale Bezahlverfahren angeboten wird, sollen die

Unternehmen grundsätzlich selbst entscheiden können. Mindestens ein europäisches Verfahren müsse jedoch akzeptiert werden. Umsatzgrenzen oder zusätzliche Gebühren für Kunden sind nicht vorgesehen. Bargeld soll zugleich weiterhin akzeptiert werden. Ziel sei Wahlfreiheit für die Kunden. Ausnahmen von der Pflicht sind für nichtkommerzielle Organisationen wie Amateursportvereine oder Wohltätigkeitsverbände vorgesehen. Zudem soll geprüft werden, ob Härtefallregelungen nötig sind. Das Finanzministerium will den Gesetzentwurf noch in diesem Jahr ins Kabinett bringen. Es begründet die Pläne auch mit dem Kampf gegen Steuerhinterziehung, Geldwäsche und andere Finanzkriminalität. Digitale Zahlungen würden



Keine Karte, nur Bargeld: Nach dem Willen der Bundesregierung soll das in Zukunft nicht mehr möglich sein. – Foto: Kneffel, dpa

dokumentiert und seien damit besser nachvollziehbar. Die Pläne stoßen im Einzelhandel auf Kritik. Gesetzliche Vorgaben seien völlig unnötig, sie schafften nur zusätzliche Bürokratie und Unsicherheiten, sagte Ulrich Binnebösel vom Handelsverband Deutschland (HDE). Für Händler entstünden zusätzliche Kosten. Der Verband fordert deshalb eine Möglichkeit, Kartengebühren an Kunden weitergeben zu können. Im deutschen Einzelhandel ging der Trend zuletzt zum bargeldlosen Bezahlen. Nach Angaben des Handelsforschungsinstituts EHI entfielen im vergangenen Jahr 32,3 Prozent des Umsatzes noch auf Barzahlungen und 65,1 Prozent auf Kartenzahlungen. – dpa/**Seite 2**